

Vom Schrebergarten zum Weltmarkt

Dieter Kramer

Nicht ohne Ironie war zu lesen, was Isolde Dietrich aus der Zeit kurz vor dem Ende der DDR berichtete: »In der DDR bewirtschaften mehr als 50 % aller Haushalte einen eigenen Garten, meist einen Klein- oder Hausgarten. ... Und die Tendenz ist weiter steigend. In allen Sparten existieren lange Wartelisten von Interessenten an einer Parzelle.« Oft unter Mißbilligung von Parteien und Gewerkschaften machten sich schon immer gerade die Arbeiter gern im Garten zu schaffen. »Statt in kollektiver Aktion Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu erkämpfen, verlängerten sie ihren Arbeitstag in der warmen Jahreszeit freiwillig auf faktisch 14 Stunden und setzten durch Selbstversorgung die Kosten ihrer Arbeitskraft herab. ... Statt sich eine Welt zu erobern, wurde um einen Kleingarten gekämpft.«¹

Was ist daraus geworden? Auch das wäre eine Frage des kulturellen Wandels, und man kann sich liebevolle Studien dazu vorstellen. Es ist aber für mich eine keineswegs nur marginale Frage.

Zum einen hat sie ganz praktisch etwas zu tun mit der Krise der Staatstätigkeit: Wenn, wie viele meinen, die Krise des Sozialstaates keine vorübergehende Krisenerscheinung ist, sondern strukturelle Ursachen in der prinzipiell begrenzten Ressource »Staat« hat, dann sind neue Überlegungen nötig. Das gilt dann nicht nur für jene Staaten, die Hammer und Sichel oder Zirkel groß in ihrem Staatswappen trugen, auch nicht nur jene, die sie, wie Österreich, nur verschämt und beiläufig ihrem Wappenadler in die Klauen gaben, sondern auch für alle jene Staaten, die in ihren Verfassungen auch nur in einigen Formeln und Ansprüchen auf materielle Grundrechte verraten, daß ihr Verständnis von sozialer Verantwortung des Staates durch das Purgatorium der sozialen Kämpfe des letzten Jahrhunderts nicht unverändert hindurchgegangen ist. Und wenn diese sozialen Ansprüche als unverzichtbares Element von »ziviler Gesellschaft« erhalten werden sollen, dann sind neue Überlegungen notwendig.

Heute diskutieren Sozialpolitiker darüber, daß nicht mehr nur eine fürsorgeorientierte Armutspolitik angesagt ist, die häufig nur Armutskar-

rieren produziert, angesagt ist, auch keine obrigkeitsstaatlich-etatistische. Beide sorgen mit ihrem Defizit-Ansatz (der bei Abwesenheit von immer niedriger angesetzten Standards mit Leistungsverwaltung einsetzt) dafür, daß die Professionalisierung der Sozialarbeit ins Dysfunktionale umschlägt. Statt des Defizit-Ansatzes möchte investive Sozialpolitik nach den Kompetenzen fragen, die (noch) in den Menschen stecken und sie aktivieren.

Auf dem Arbeitsmarkt verschieben sich durch solche Politik die Konflikte und Probleme vielleicht nur in neue Zonen: Solange die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt so groß ist, sind die Chancen für den Neu- oder Wiedereinstieg nicht besonders gut, und neu hinzukommende Konkurrenten bedeuten nur Ausgrenzungen für andere. Wenn allerdings die neu- oder wiedergewonnene Kompetenz und Arbeitsfähigkeit (zunächst) überhaupt nicht auf dem Markt erscheint, sondern als Eigenarbeit primär subsistenzorientiert ist, findet eine solche Verschiebung am wenigsten statt: Dann wird die Lebenssituation unmittelbar verbessert, und die Ressourcen dafür werden neu erschlossen, nicht anderswo weggenommen. Die Gewinne werden positiv verbucht, ohne anderswo neue Konkurrenz zu bedeuten oder als Kaufkraft - zu der sie ja nie geworden wären - zu fehlen. Menschen zu Arbeit für sich selbst und für die eigene Perspektive zu veranlassen ist interessanter als gemeinnützige Pflicht-Arbeit, die als Strafe empfunden wird und nicht zur Verbesserung des Selbstwertgefühles beiträgt. Das Gefühl der Souveränität über die eigenen Lebensverhältnisse ist nicht nur dem Manager wichtig.

Real beobachten wir in der Politik einen widerspruchreichen Umgang mit nicht-marktförmiger Praxen wie Eigenarbeit und Schwarzarbeit. Ohne sie würde vieles an gesellschaftlichem Reichtum (nicht: Bruttosozialprodukt) überhaupt nicht entstehen können. Aber Schwarzarbeit wird, abgesehen von den dehnungsfähigen Ausnahmen der Nachbarschaftshilfe auf Gegenseitigkeit, kriminalisiert, während im Sozialbereich die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewertet wird. Es wäre perspektivisch interessanter, Eigenarbeit so aufzuwerten, daß positive Gratifikationen (nicht nur monetarisierbare) auf breiter Ebene daraus zu ziehen sind.

Das ist die praktische Ebene, an die der Schrebergarten denken läßt. Es gibt jedoch für mich noch eine viel grundsätzlichere Ebene.

Anscheinend hat sich global ein primär ökonomisch determiniertes Weltsystem mit unwiderstehlicher Macht durchgesetzt. Aber vielleicht bilden wir uns diese Globalisierung auch nur ein, weil wir verliebt sind in das universelle Zahlungsmittel Geld. Sind nicht die internationalen Finanztransaktionen längst weitgehend abgekoppelt vom produktiven

Sektor? Existieren nicht, wie die Ethnologie zeigt, so viele geographische und thematische Bereiche, in denen dieses Geld nichts zu sagen hat? Bleiben nicht Subsistenzwirtschaft und Eigenarbeit für vielleicht immer noch die Mehrheit der Weltbevölkerung die entscheidende Ressource? Und stehen wir heute nicht in einer lebensbedrohlichen Krise des industriegesellschaftlichen Wohlstands-, Wachstums- und Gesellschaftsmodells, dessen Übertragbarkeit und Nachhaltigkeit sich massiv infragestellen lassen muß?

In der Entwicklungspolitik wird heute als Hilfsmittel gegen die Erosion sozialer Ressourcen der »informelle Sektor« aufgewertet. Er steht in engem Zusammenhang mit der Eigenarbeit, aber informelle Tätigkeit ist in Marktproduktion oder Dienstleistung integriert, wenn auch unterhalb der gängigen Niveaus.² Insofern handelt es sich um etwas anderes als Subsistenzwirtschaft. Aber auch dieser Sektor funktioniert (wie auch, bezogen auf die Tätigkeit der Frauen, die industriegesellschaftliche Arbeitsteilung) nur in der spezifischen Mischung von Erwerbs- und Eigenarbeit.

Ich weiß, wie die Theoretiker des Weltmarktes auf solche Überlegungen reagieren: Alles nur Marginalien. Aber nicht alle Theoretiker müssen in allen Bereichen immer recht haben, und mir scheint all dies in den Überlegungen zur globalen Entwicklung zu wenig beachtet.

Zurück zu unserer Gegenwart in Deutschland: »Massenhaft gewandelte Bedürfnisse« (Classen) als Bestandteil des Alltagslebens, gekoppelt mit der Resistenz der Lebenstätigkeit (derentwegen diese nicht beliebig manipulierbar ist), sind die Voraussetzungen für Wandel – sowohl für den allmählichen als auch für denjenigen, der scheinbar als radikaler Bruch auftritt, in Wirklichkeit aber nur Chancen hat, wenn er im Alltagsleben der Vielen vorbereitet ist.

Können nicht im Alltag auch solche Strukturen ermutigt werden, mit denen die Elastizität der Lebensweise verstärkt wird? Ließen sich nicht so Reserven für den politischen Umgang mit akuten Problemen der Gegenwart gewinnen?

Verkürzung der Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich als Mittel zur gerechteren Verteilung von Arbeit wird nur akzeptiert, wenn die Lebensqualität (vielleicht auch durch mehr Chancen zu sinnvoller Eigenarbeit) erhalten bleibt und wenn für die gewonnene Zeit positiv empfundene Verwendungen möglich sind. Dies wird nicht nur über kulturelle Tätigkeiten möglich sein. Beiläufige Produktivität, mit der die Souveränität über die eigenen Lebensverhältnisse verstärkt wird, kann dazu beitragen.

Anmerkungen

- 1 Dietrich, Isolde: Erfahrungen mit der Ausstellung »Parzelle, Laube, Kolonie – Kleingärten zwischen 1880 und 1930«. In: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 27/1989, 89-100, 89 und 95.
- 2 Vgl. den Abschnitt »Informeller Sektor und gesellschaftliche Entwicklung« in Blum, Volkmar (Hg.): Globale Vergesellschaftung und lokale Kulturen. Frankfurt/M. 1992, 88 ff., und de Soto, rez. in: Kommune 4/1993, 41, sowie: Simone, Abdou Maliqalim: Arm, lebendig, subversiv. Die vielfältigen Überlebenskünste afrikanischer Stadtbewohner. In: Der Überblick 2/1993, 69-73.